

Universität Leipzig

# **Satzung des Ethikbeirates und der Kommission für Ethik sicherheitsrelevanter Forschung der Universität Leipzig**

Vom 26. März 2025

## **Präambel**

Die Universität Leipzig nimmt ihre Verantwortung gegenüber Wissenschaft und Gesellschaft ernst und stellt sich den Herausforderungen, die sich aus der wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnung ergeben, insbesondere hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Mensch und Natur (§ 2 Abs. 1 Grundordnung) sowie im Kontext sicherheitsrelevanter Forschung. Mitglieder und Angehörige der Universität Leipzig machen sich die Gefahr des Missbrauchs von Forschungsergebnissen kontinuierlich bewusst. Ihre Verantwortung beschränkt sich dabei nicht auf die Einhaltung rechtlicher Vorgaben, sondern umfasst auch die Verpflichtung, ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihre Fähigkeiten so einzusetzen, dass Risiken erkannt, abgeschätzt und bewertet werden können. Dabei berücksichtigen sie insbesondere die mit sicherheitsrelevanter Forschung verbundenen Aspekte. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen dokumentieren ihre Risikoabwägung und ihre Maßnahmen zur Reduzierung der Risiken.

Als wissenschaftliche Institution ist sich die Universität Leipzig ihrer gesellschaftlichen Verpflichtungen bewusst und erwartet von allen Mitgliedern und Angehörigen, dass sie die Konsequenzen ihres Handelns berücksichtigen. Dabei legt die Universität besonderen Wert auf wissenschaftliche Unabhängigkeit und lehnt jegliche Einflussnahme durch Dritte entschieden ab. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, hat die Universität Leipzig einen Ethikbeirat sowie eine Kommission für Ethik sicherheitsrelevanter Forschung (KEF) eingerichtet. Die KEF ist als Unterkommission des Ethikbeirats dem Rektorat unterstellt. Diese definiert sowohl die Aufgaben und Zuständigkeiten des Ethikbeirats als auch der KEF und regelt deren Verfahren.

Die Antragstellung beim Ethikbeirat und die Beratung durch die KEF sind freiwillig. Sowohl Mitglieder als auch Angehörige der Universität Leipzig haben die Möglichkeit, unabhängig voneinander eine Begutachtung ihrer Forschungsprojekte durch den Ethikbeirat zu beantragen und gleichzeitig eine Beratung zu sicherheitsrelevanten Aspekten durch die KEF in Anspruch zu nehmen. Eine parallele Prüfung durch den Ethikbeirat und Beratung durch die KEF ist ebenfalls möglich. Der Ethikbeirat kann zudem festlegen, dass eine Beratung durch die KEF verpflichtend ist.

## **Teil 1 – Allgemeine Bestimmungen**

### **§ 1**

#### **Errichtung und Zuständigkeit**

- (1) Die Universität Leipzig errichtet einen Ethikbeirat und eine KEF, die Mitglieder und Angehörige der Universität Leipzig bezüglich ethischer und sicherheitsrelevanter Aspekte bei Forschungsvorhaben beraten. Unter Forschungsvorhaben sind insbesondere drittmittelgeförderte Forschungsprojekte, Forschungs- und Entwicklungsaufträge sowie Qualifizierungsarbeiten zu verstehen. Der Ethikbeirat beurteilt ethische Aspekte bei der Forschung am Menschen, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der Ethikkommission der Medizinischen Fakultät an der Universität Leipzig fallen.<sup>1</sup>
- (2) Der Ethikbeirat führt die Bezeichnung: „Ethikbeirat der Universität Leipzig“. Die KEF führt die Bezeichnung: „Kommission für Ethik sicherheitsrelevanter Forschung“.
- (3) Die nachfolgenden Bestimmungen gelten vorbehaltlich einer abweichenden Regelung aufgrund höherrangigen Rechts.

---

<sup>1</sup> Ethische Aspekte **medizinischer** Forschung am Menschen werden durch die Ethik-Kommission an der Medizinischen Fakultät begutachtet. Im Gegensatz zum Ethikbeirat ist ihr Auftrag durch den Gesetzgeber nach Bundes- und Landesrecht klar definiert. Der Ethikbeirat ist nicht an der Lösung konkreter ethischer Probleme medizinischer Forschung beteiligt.

## **§ 2**

### **Unabhängigkeit, Rechte und Pflichten des Ethikbeirates und der KEF**

- (1) Der Ethikbeirat sowie die KEF und ihre Mitglieder sind bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unabhängig und nicht an Weisungen gebunden. Sie haben nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln. Der Gegenstand des Verfahrens und die Stellungnahmen des Ethikbeirates und der KEF sind vertraulich zu behandeln.
- (2) Die Namen der Mitglieder werden veröffentlicht.
- (3) Die in § 2 Abs. 1 genannten Personen sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Dasselbe gilt für hinzugezogene Sachverständige, Hilfspersonen und Personen, welche die Arbeit des Ethikbeirates und der KEF unterstützen. Sie sind zu Beginn ihrer Tätigkeit über ihre Verschwiegenheitspflicht zu belehren.
- (4) Beiratsvoten, Antrags- und Verfahrensunterlagen, Sitzungsprotokolle, Amendments, Zwischen- und Abschlussberichte, Stellungnahmen, Schriftwechsel etc. werden vertraulich behandelt und nach Beendigung des jeweiligen Verfahrens für 10 Jahre aufbewahrt.

## **§ 3**

### **Geschäftsführung und Geschäftsordnung**

- (1) Die laufenden Geschäfte des Ethikbeirates und der KEF werden durch eine Geschäftsstelle geführt. Diese betreut deren Mitglieder, Antragstellende sowie Beratungssuchende.
- (2) Die Geschäftsstelle nimmt die Anträge und Beratungsgesuche für den Vorsitzenden oder die Vorsitzende und im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden für dessen Vertreter oder deren Vertreterin entgegen. Der Geschäftsstelle obliegt die Aufbewahrung und Sicherung der Unterlagen des Ethikbeirates und der KEF.

- (3) Der Ethikbeirat und die KEF geben sich eine Geschäftsordnung, in der Einzelheiten zum Verfahren und Abläufe zur Wahrnehmung der dem Beirat und der KEF zugewiesenen Aufgaben näher geregelt sind.

## **§ 4**

### **Kosten des Verfahrens/Entgelte**

- (1) Für die Prüfung und Beratung von Forschungsvorhaben fallen keine Gebühren an.
- (2) Die Mitwirkung im Ethikbeirat und der KEF ist für die an der Universität Leipzig beschäftigten Beiratsmitglieder Dienstaufgabe.

## **§ 5**

### **Ausschlussgründe und Befangenheit**

- (1) Von der Erörterung und Beschlussfassung ausgeschlossen sind Mitglieder, die an dem betreffenden Forschungsvorhaben mitwirken oder deren Interessen in einer Weise berührt sind, dass die Besorgnis der Befangenheit besteht. Hält sich ein Mitglied für ausgeschlossen oder bestehen Zweifel, ob die Voraussetzungen des Satzes 1 vorliegen, ist dies dem oder der Vorsitzenden mitzuteilen. Der Ethikbeirat in Angelegenheiten des Ethikbeirats bzw. die KEF in Angelegenheiten der KEF entscheidet über den Ausschluss. Betroffene dürfen an dieser Entscheidung nicht mitwirken. Gleiches gilt für die Mitwirkung nach § 10 Abs. 3 und § 15 Abs. 6 entsprechend.
- (2) Ausgeschlossene Mitglieder werden gemäß § 8 Abs. 3 und § 13 vertreten.

## **§ 6**

### **Rücktritt und Abberufung**

Jedes Mitglied kann seine Tätigkeit durch Mitteilung gegenüber dem Rektorat aus wichtigem Grund aufgeben, sofern laufende Verfahren hierdurch nicht unangemessen beeinträchtigt werden. Die Mitteilung muss schriftlich oder auf

elektronischem Wege erfolgen. Das Rektorat entscheidet über die Aufgabe der Tätigkeit. Eine Abberufung von Mitgliedern des Ethikbeirates/der KEF durch das Rektorat ist unter den Voraussetzungen des Satzes 1 auch von Amts wegen möglich. In diesem Falle ist das Mitglied vorher anzuhören. Die Entscheidung erfolgt schriftlich oder auf elektronischem Wege und ist zu begründen. Für die restliche Amtsperiode wird ein neues Mitglied bestellt.

## **Teil 2 – Ethische Aspekte bei der Forschung am Menschen und der Natur (Ethikbeirat)**

### **§ 7**

#### **Aufgaben des Ethikbeirates**

- (1) Der Ethikbeirat arbeitet auf der Grundlage des geltenden Rechts und der wissenschaftlichen Standards. Es werden einschlägige nationale und internationale Empfehlungen unter Zugrundelegung des aktuellen Stands von Wissenschaft und Technik berücksichtigt.
- (2) Der Ethikbeirat prüft und gibt ggf. eine Stellungnahme zu ethischen Aspekten geplanter Forschungsvorhaben ab. Eine Stellungnahme durch den Ethikbeirat kann nur erfolgen, wenn mit dem Forschungsvorhaben noch nicht begonnen wurde. Der Ethikbeirat prüft insbesondere, ob
  - a. alle Vorkehrungen zur Wahrung der freiwilligen und selbstbestimmten Teilnahme der Beforschten am Forschungsvorhaben, zur Minimierung des Risikos ihrer Teilnahme sowie zur Wahrung von Gerechtigkeitsaspekten getroffen wurden,
  - b. ein angemessenes Verhältnis zwischen Nutzen und Risiken des Vorhabens besteht,
  - c. die Einwilligungen der Beforschten bzw. ihrer gesetzlichen Vertreter oder Vertreterinnen vorliegen,
  - d. bei der Durchführung des Vorhabens Aspekte des Datenschutzes zu beachten sind und der oder die Datenschutzbeauftragte zu beteiligen ist.
- (3) Die Stellungnahme des Ethikbeirates entbindet die für das Forschungsvorhaben verantwortliche Person nicht von der Verantwortung für die Durchführung des Vorhabens.

- (4) Es ist zu beachten, dass der Ethikbeirat der Universität Leipzig keine juristische Prüfung des Vorhabens durchführt.

## **§ 8**

### **Zusammensetzung des Ethikbeirates**

- (1) Der Ethikbeirat besteht aus fünf Mitgliedern und einer angemessenen, mindestens gleich hohen Zahl von Stellvertretern und Stellvertreterinnen. Der Ethikbeirat ist interdisziplinär besetzt. Die Mitglieder des Ethikbeirates müssen Mitglieder oder Angehörige der Universität oder im Ruhestand befindliche Professoren und Professorinnen sein, über Forschungserfahrung verfügen und sollen zur Beurteilung wissenschaftsethischer Fragen befähigt sein. Darüber hinaus sollten zusätzlich eine Person, die über die Befähigung zum Richter oder Richterinnenamt verfügt, sowie in Fällen des § 7 Abs. 2 der oder die Datenschutzbeauftragte mit beratender Stimme hinzugezogen werden.
- (2) Der Ethikbeirat sollte so besetzt werden, dass für jede Sitzung sichergestellt werden kann, dass möglichst viele der in Absatz 1 Genannten anwesend sein können.
- (3) Stellvertretende Mitglieder haben das Recht, an den Sitzungen teilzunehmen. Sie haben Stimmrecht.
- (4) Die Mitglieder werden vom Rektorat für die Dauer von vier Jahren bestellt; sie können wiederbestellt werden.
- (5) Die Bestellung wird den Mitgliedern durch den zuständigen Prorektor oder die zuständige Prorektorin schriftlich mitgeteilt. Für die Nachbestellung von Mitgliedern während der laufenden Periode gilt dies entsprechend.
- (6) Der Ethikbeirat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende und dessen Stellvertreter oder deren Stellvertreterin. Die Anzahl und Reihenfolge der Vertretung legt der Ethikbeirat vor der Wahl fest.

- (7) In begründeten Ausnahmefällen kann der Ethikbeirat interne wie externe Sachverständige (unabhängige und erfahrene Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen) hinzuziehen, falls die eigene Expertise für eine Entscheidung nicht ausreicht. Sachverständige sind auf ihre Verschwiegenheitspflichten hinzuweisen. In begründeten Einzelfällen können Sachverständige zu einer Beiratssitzung eingeladen werden.

## **§ 9**

### **Tätigwerden des Ethikbeirates**

- (1) Der Ethikbeirat wird auf schriftlichen Antrag von Mitgliedern und Angehörigen der Universität tätig. Der Antrag ist formgerecht und vollständig an die Geschäftsstelle des Ethikbeirates zu richten und soll sich an der vom Ethikbeirat formulierten Handreichung orientieren. Der Antrag kann jederzeit geändert oder zurückgenommen werden. Der Antrag auf Bewertung eines Vorhabens durch den Ethikbeirat muss mindestens folgende Angaben enthalten:

1. Grundsätzliche Angaben zum Vorhaben
  - a) Zusammenfassung des Vorhabens
  - b) Darstellung ethisch relevanter Aspekte
  - c) Ziel und Verlaufsplan des Vorhabens
  - d) Schritte des Vorhabenablaufs
  - e) Angaben zur Verarbeitung und zum Schutz personenbezogener Daten
2. Angaben zu Vorhaben, bei denen Beforschte mitwirken
  - a) Art und Anzahl der Beforschten sowie Kriterien für deren Auswahl
  - b) Belastungen und Risiken für die Beforschten, einschließlich möglicher Folgeeffekte
  - c) Regelungen zur Aufklärung der Beforschten über den Zweck und den Ablauf des Vorhabens
  - d) Regelungen zur Einwilligung der Beforschten in die Teilnahme des Vorhabens

- e) Möglichkeiten der Beforschten die Teilnahme abzulehnen oder von der Teilnahme zurückzutreten
- f) etwaige Überlegungen zu Aspekten der Forschungsgerechtigkeit wie z.B. eine gerechte Auswahl der Beforschten sowie ein barrierearmes Forschungsdesign.

Dem Antrag ist eine Erklärung beizufügen, ob und gegebenenfalls wo und mit welchem Ergebnis bereits vorher oder gleichzeitig Anträge des gleichen oder ähnlichen Inhalts gestellt worden sind.

- (2) Der oder die Vorsitzende beruft den Ethikbeirat ein und bestimmt Ort und Zeit der Sitzung. Er oder sie lädt den Ethikbeirat ein, so oft es die Geschäftslage erfordert. Die Ladungsfrist beträgt mindestens 14 Tage, wenn sie nicht im Einvernehmen aller Mitglieder verkürzt wird. Der oder die Vorsitzende eröffnet, leitet und schließt die Sitzungen des Ethikbeirates.

## **§ 10**

### **Sitzungen und Verfahren der Bewertung des Ethikbeirates**

- (1) Der Ethikbeirat stellt – vorbehaltlich weitergehender rechtlicher Anforderungen – durch Beschluss fest, dass er das jeweilige Forschungsvorhaben im Hinblick auf ethische Risiken beraten hat. Er nimmt im Rahmen seiner sachlichen Zuständigkeit dazu Stellung, inwieweit nach seiner Einschätzung die Durchführung des Vorhabens, gegebenenfalls mit Modifikationen und Auflagen, z.B. zur Risikominimierung, ethisch vertretbar erscheint und gibt eine Empfehlung ab.
- (2) Der Ethikbeirat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner ordentlichen Mitglieder anwesend sind. Beschlüsse werden mit der einfachen Mehrheit der Stimmen der Anwesenden gefasst, sofern im Folgenden nichts anderes bestimmt ist. Stimmenthaltungen gelten als Ablehnung. Der Beirat kann den Vorsitzenden oder die Vorsitzende in näher zu bezeichnenden Fällen, die vom Gremium spezifiziert werden, ermächtigen, allein zu entscheiden. Er oder sie hat den Beirat so bald wie möglich zu unterrichten.



- (3) Der Ethikbeirat entscheidet grundsätzlich nach mündlicher Erörterung. Eine schriftliche Beschlussfassung im Umlaufverfahren ist zulässig, sofern alle ordentlichen Mitglieder dem zustimmen.
- (4) Der Beirat kann von dem Antragsteller oder der Antragstellerin die mündliche Erläuterung des Forschungsvorhabens oder ergänzende Unterlagen, Angaben oder Begründungen verlangen. Auf Wunsch des Antragstellers oder der Antragstellerin ist dieser oder diese anzuhören. Der Antragsteller oder die Antragstellerin hat das Recht, jederzeit eine schriftliche Stellungnahme abzugeben sowie von dem Beirat eingeholte Stellungnahmen einzusehen. Der Antrag kann von dem Antragsteller oder der Antragstellerin bis zur Entscheidung des Ethikbeirates zurückgenommen werden.
- (5) Bestehen gegen einen Antrag wesentliche Bedenken, so kann von dem Antragsteller oder der Antragstellerin die Vorlage eines revidierten Antrages verlangt werden.
- (6) Die Entscheidung des Ethikbeirates ist dem Antragsteller oder der Antragstellerin schriftlich mitzuteilen. Ablehnende Entscheidungen, Auflagen und Empfehlungen zur Änderung des Forschungsvorhabens sind schriftlich zu begründen.
- (7) Wird ein Antrag aus ethischen Gründen abgelehnt, so kann der Antragsteller oder die Antragstellerin Gegenargumente darlegen und eine neue Stellungnahme des Beirates verlangen.
- (8) Über alle schwerwiegenden und unerwarteten Risiken, die während der Durchführung des Forschungsvorhabens auftreten und die in § 7 genannten Schutzziele betreffen könnten, hat der Antragsteller oder die Antragstellerin den Vorsitzenden oder die Vorsitzende unverzüglich zu unterrichten. Der Ethikbeirat kann in diesem Fall seine zustimmende Bewertung ganz oder teilweise widerrufen oder Änderungen des Forschungsvorhabens empfehlen. Dem Antragsteller oder der Antragstellerin ist Gelegenheit zur Stellungnahme einzuräumen.
- (9) Sitzungen des Ethikbeirats sind nicht öffentlich. Die wesentlichen Ergebnisse sind in einem Protokoll festzuhalten.

## **§ 11**

### **Aufgaben des oder der Vorsitzenden des Ethikbeirates**

- (1) Der oder die Vorsitzende leitet die Sitzung des Ethikbeirates.
- (2) Im Falle der Verhinderung übernimmt ein Stellvertreter oder eine Stellvertreterin die Aufgaben des oder der Vorsitzenden.
- (3) Der oder die Vorsitzende berichtet dem Senat regelmäßig in anonymisierter Form über die Tätigkeit des Ethikbeirates.

## **Teil 3 – Sicherheitsrelevante Forschung (KEF)**

## **§ 12**

### **Aufgaben der KEF**

- (1) Die KEF arbeitet auf der Grundlage des geltenden Rechts und der wissenschaftlichen Standards. Es werden einschlägige nationale und internationale Empfehlungen unter Zugrundelegung des aktuellen Stands von Wissenschaft und Technik berücksichtigt.
- (2) Die KEF berät und gibt ggf. eine Stellungnahme zu sicherheitsrelevanten Aspekten geplanter Forschungsvorhaben ab.
- (3) Liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass erhebliche sicherheitsrelevante Risiken bestehen, sollen sich Mitglieder oder Angehörige der Universität Leipzig vor der Durchführung eines Forschungsvorhabens von der KEF beraten lassen und deren Empfehlungen bei der Gestaltung des Forschungsvorhabens berücksichtigen. In begründeten Ausnahmefällen, beispielsweise wenn ein sicherheitsrelevantes Risiko erst während der Projektdurchführung erkannt wird, kann die Beratung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Die Beratung ist in jedem Fall unverzüglich nach Bekanntwerden eines sicherheitsrelevanten Risikos zu veranlassen.

- (4) Eine Stellungnahme der KEF entbindet die für das Forschungsvorhaben verantwortliche Person nicht von der Verantwortung für die Durchführung des Vorhabens.

## **§ 13**

### **Zusammensetzung der KEF**

- (1) Die KEF besteht aus fünf Mitgliedern unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen, darunter auch juristische Fachkompetenz, um fundierte rechtliche Einschätzungen und Bewertungen sicherzustellen. Die Mitglieder der KEF müssen über Forschungserfahrung verfügen und sollen in der Beurteilung wissenschaftsethischer Fragen bewandert sein. Der oder die Vorsitzende des Ethikbeirates ist qua Amt Mitglied der KEF. Der oder die Vorsitzende kann sich von einem anderen Mitglied des Ethikbeirates vertreten lassen. Der KEF gehört darüber hinaus mit beratender Stimme der für Forschung zuständige Prorektor bzw. die für die Forschung zuständige Prorektorin an.
- (2) Die Mitglieder der KEF werden von dem Rektorat der Universität Leipzig für die Dauer von vier Jahren bestellt. Eine Wiederbestellung ist möglich.
- (3) Der oder die Vorsitzende der KEF wird von den Mitgliedern der KEF aus ihrer Mitte gewählt.
- (4) Die KEF kann interne wie externe Sachverständige (sowohl unabhängige und erfahrene Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen als auch den Informationssicherheitsbeauftragten oder die Informationssicherheitsbeauftragte) hinzuziehen, falls die eigene Expertise für eine Entscheidung nicht ausreicht. Sachverständige sind auf ihre Verschwiegenheitspflichten hinzuweisen. Sachverständige können zu den Sitzungen der KEF eingeladen werden.

## **§ 14**

### **Tätigwerden der KEF**

- (1) Mitglieder und Angehörige der Universität Leipzig sollen sich vor der Durchführung eines Forschungsvorhabens von der KEF beraten lassen, wenn erhebliche sicherheitsrelevante Risiken für Menschenwürde, Leben, Gesundheit, Freiheit, Eigentum, Umwelt, Informationssicherheit, oder ein friedliches Zusammenleben im Sinne des Grundgesetzes mit dem Forschungsvorhaben verbunden sind. Sicherheitsrelevante Risiken bestehen insbesondere bei wissenschaftlichen Arbeiten, bei denen anzunehmen ist, dass sie Wissen, Produkte oder Technologien hervorbringen, die unmittelbar von Dritten missbraucht werden können. Gleiches gilt, wenn während der Durchführung eines Forschungsvorhabens sicherheitsrelevante Risiken erkennbar werden.
- (2) Die KEF wird auf schriftliche Anfrage von Mitgliedern und Angehörigen der Universität tätig.
- (3) Der oder die Beratungssuchende kann sein oder ihr Gesuch ändern oder zurücknehmen.
- (4) Das Gesuch soll eine kurze laienverständliche Zusammenfassung des Vorhabens sowie eine genaue Darstellung der sicherheitsrechtlichen Aspekte des Vorhabens enthalten. Ihm ist eine Erklärung beizufügen, ob und gegebenenfalls wo und mit welchem Ergebnis bereits vorher oder gleichzeitig Anträge des gleichen oder ähnlichen Inhalts gestellt worden sind.
- (5) Die KEF kann auch Hinweise Dritter zu sicherheitsrelevanter Forschung zum Thema der Befassung machen. Auch für diese Hinweise gilt die Vertraulichkeit nach § 2 Absatz 3. Die KEF ist nicht dazu verpflichtet, anonymen Hinweisen nachzugehen.
- (6) Die KEF ist zudem zuständig, wenn der Ethikbeirat eine Beratung durch die KEF zur Auflage macht.
- (7) Der oder die Vorsitzende beruft die KEF ein und bestimmt Ort und Zeit der Sitzung. Er oder sie lädt die KEF ein, so oft es die Geschäftslage

erfordert, mindestens jedoch einmal jährlich. Die Ladungsfrist beträgt mindestens 14 Tage, wenn sie nicht im Einverständnis aller Mitglieder verkürzt wird. Der oder die Vorsitzende eröffnet, leitet und schließt die Sitzungen der KEF.

## **§ 15**

### **Sitzungen und Verfahren der KEF**

- (1) Die KEF stellt – vorbehaltlich weitergehender rechtlicher Anforderungen – durch Beschluss fest, dass sie das jeweilige Forschungsvorhaben im Hinblick auf sicherheitsrelevante Risiken beraten hat. Sie nimmt im Rahmen ihrer sachlichen Zuständigkeit dazu Stellung, inwieweit nach ihrer Einschätzung die Durchführung des Vorhabens, gegebenenfalls mit Modifikationen und Auflagen, z. B. zur Risikominimierung, rechtlich und ethisch vertretbar erscheint.
- (2) Die KEF fasst ihre Beschlüsse unter Mitwirkung von mindestens drei Mitgliedern.
- (3) Die KEF soll über die jeweils zutreffenden Beschlüsse einen Konsens anstreben. Wird ein solcher nicht erreicht, beschließt sie mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen gelten als Ablehnung. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden.
- (4) Jedes Mitglied der KEF kann seine abweichende Meinung in einem Sondervotum niederlegen. Dieses ist der Entscheidung beizufügen.
- (5) Die KEF kann den Vorsitzenden oder die Vorsitzende in näher zu bezeichnenden Fällen ermächtigen, ggf. unter Einbeziehung eines weiteren Mitglieds allein zu entscheiden. Er oder sie hat die KEF so bald wie möglich über die Einschätzung zu unterrichten.
- (6) Die KEF entscheidet grundsätzlich nach mündlicher Erörterung. Eine schriftliche Beschlussfassung im Umlaufverfahren ist zulässig, sofern alle Mitglieder dem zustimmen.

- (7) Der oder die Beratungssuchende hat das Recht, jederzeit eine schriftliche Stellungnahme abzugeben sowie von der KEF eingeholte Gutachten und Stellungnahmen einzusehen. Der oder die Beratungssuchende kann vor der Stellungnahme durch die KEF angehört werden; auf seinen oder ihren Wunsch hin soll er oder sie angehört werden. Die KEF kann weitere Beteiligte des Forschungsprojekts anhören.
- (8) Die KEF kann von Beratungssuchenden und anderen Betroffenen – auch bereits zur Vorbereitung ihrer Einschätzung – ergänzende Unterlagen, Angaben oder Begründungen verlangen. Auch der oder die Beratungssuchende kann Sachkundige seiner oder ihrer Wahl beteiligen. Mitglieder und Angehörige der Universität Leipzig müssen der KEF wahrheitsgemäß Auskunft und Zugang zu relevanten Dokumenten geben. Die Zeugnis- und Auskunftsverweigerungsgründe nach der Strafprozessordnung gelten entsprechend. Berechtigte Interessen von Hinweisgebenden sind zu schützen, soweit dies im Rahmen eines fairen Verfahrens möglich ist. Bei der Einreichung eines Hinweises können die Hinweisgebenden die Bekanntgabe ihrer Namen ausschließen. Im Übrigen müssen sie vor der Bekanntgabe ihrer Namen informiert werden und die Option erhalten, den Hinweis zurückzunehmen. Ihre Namen sollen nur dann offengelegt werden, wenn sich ein Betroffener oder eine Betroffene ansonsten nicht sachgerecht verteidigen kann oder die Glaubwürdigkeit eines Hinweisgebers oder einer Hinweisgeberin zu prüfen ist. Wenn sich ein Betroffener oder eine Betroffene ansonsten nicht sachgerecht verteidigen kann oder die Glaubwürdigkeit eines Hinweisgebers oder einer Hinweisgeberin zu prüfen ist und der Hinweisgeber oder die Hinweisgeberin einer Nennung des eigenen Namens nicht zugestimmt hat, sollte das Verfahren eingestellt werden.
- (9) Die Einschätzung der KEF ist dem oder der Beratungssuchenden schriftlich mitzuteilen. Empfehlungen zur Änderung des Forschungsvorhabens sind schriftlich zu begründen.
- (10) Die KEF kann in Fällen von grundlegender Bedeutung eine Beratung durch den „Gemeinsamen Ausschuss zum Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Nationalen Akademie Leopoldina einholen. Dabei hat sie ihre Anfrage mit einer substantiierten eigenen Bewertung zu verbinden. Die Beratung

kann nur auf der Grundlage anonymisierter Informationen und Daten erfolgen.

- (11) Sitzungen der KEF sind nicht öffentlich. Die wesentlichen Ergebnisse sind in einem Protokoll festzuhalten und werden dem Ethikbeirat übermittelt.

## **§ 16**

### **Meldung unerwarteter Risiken und sicherheitsrelevanter Aspekte**

- (1) Über alle schwerwiegenden oder unerwarteten Risiken, die während der Durchführung des Forschungsprojektes auftreten und die in § 12 aufgeführten Schutzziele betreffen könnten, ist der oder die Vorsitzende unverzüglich zu unterrichten.
- (2) Die KEF kann in diesem Fall ihre Einschätzung ganz oder teilweise widerrufen oder weitere Änderungen des Forschungsvorhabens empfehlen. Dem oder der Beratungssuchenden ist Gelegenheit zur Stellungnahme einzuräumen.
- (3) Soweit es zum Schutze übergeordneter Rechtsgüter, insbesondere der nationalen Sicherheit oder wesentlicher Sicherheitsinteressen des Staates, veranlasst erscheint, sind betroffene Dritte und die Öffentlichkeit in angemessener Weise über die Gefahrenlage zu unterrichten. Die Unterrichtung erfolgt über den für Forschung zuständigen Prorektor oder die Prorektorin.
- (4) Die KEF berichtet einmal pro Jahr, gegebenenfalls in angemessen anonymisierter Form, dem Senat und dem „Gemeinsamen Ausschuss zum Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Nationalen Akademie Leopoldina über ihre Tätigkeit.

## **Teil 4 – Schlussbestimmungen**

### **§ 17**

#### **Inkrafttreten, Übergangsbestimmungen**

- (1) Das Rektorat hat die Satzung gemäß § 14 Abs. 5 Satz 1 SächsHSG am 20. Februar 2025 erlassen. Diese tritt am Tag nach der Verkündung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Leipzig in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung des Ethikbeirates der Universität Leipzig vom 2. November 2018 außer Kraft. Verfahren vor dem Ethikbeirat, die vor dem Inkrafttreten dieser Satzung begonnen wurden, werden nach den Regelungen der vorliegenden Satzung zu Ende geführt, es sei denn der Antragsteller oder die Antragstellerin macht ein berechtigtes Interesse an der Fortführung des Verfahrens nach den bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Regelungen geltend. In diesem Fall wird das Verfahren nach den Regelungen der Satzung des Ethikbeirates der Universität Leipzig vom 2. November 2018 zu Ende geführt; die vorgenannte Satzung gilt für solche Fälle fort.

Leipzig, den 26. März 2025

Professorin Dr. Eva Inés Obergfell  
Rektorin